

U.S. MIDTERM ELECTIONS 2006

WOCHENRÜCKBLICK
24. SEPTEMBER BIS
7. OKTOBER 2006

AUSGABE 7 + 8
11. OKTOBER 2006

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG WASHINGTON, D.C.



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
Foleygate	1-2
NIE	2-3
Wahlkampf	3-4
PolitBarometer	4
Values Voters	4-5
Präsidentschaftsanwärter	5

From the NIE leak to Foleygate

Am Montag vor zwei Wochen sahen die Chancen der Republikaner relativ gut aus, den Senat höchstwahrscheinlich und vielleicht sogar das Abgeordnetenhaus unter ihrer Kontrolle zu behalten. Vor Ende der Legislaturperiode standen nur noch einige Abstimmungen an, die die Unterschiede zwischen der Demokratischen und Republikanischen Herangehensweise im Krieg gegen den Terror zu Gunsten der Republikaner

hervorkehren sollten. Doch stattdessen wurde die vorletzte Woche von der Enthüllung des National Intelligence Estimate überschattet, welche Präsident Bushs Behauptung, daß der Irakkrieg die USA sicherer machen würde, untergrub. Als ob das nicht schon genug wäre, sahen sich die Republikaner letzte Woche vor einer weiteren unerwarteten Herausforderung, die von einigen Kommentatoren als Nagel am Sarg ihrer Novemberchancen beschrieben wurde.

Der Skandal um anzügliche Emails an minderjährige männliche Kongresspraktikanten seitens eines homosexuellen Republikanischen Abgeordneten und die möglichen Vertuschungs- oder gar Vertuschungsversuche seitens der Republikanischen Führung rauben den Republikanern auch den Nimbus der moralischen Überlegenheit über die Demokraten im Wahlkampf.

Foleygate

Nachdem vor zwei Wochen das National Intelligence Estimate mit seiner pessimistischen Darstellung des Irakkrieges die Nachrichten dominiert hatte, schien es, als würde diese Woche vom neuen Buch Bob Woodwards geprägt werden. In *State of Denial* beschreibt Woodward ein Weisses Haus, welches zu gespalten ist, um effektiv im Irak zu agieren und die Nation hinter Licht führt, wenn es um den wahren Stand der Dinge im Irak geht.[1]

Vorigen Sonntag begann daher eine konzentrierte Kampagne des Weissen Hauses, die allerdings nicht den Autor selber angriff, sondern die Richtigkeit seiner Darstellung in Zweifel zog und als falsch bzw. "kalten Kaffee" bezeichnete.[2]

Die öffentliche Aufmerksamkeit richtete sich jedoch schnell auf die sexuell anzüglichen Emails, die der Republikanische

Abgeordnete Mark Foley an minderjährige Kongresspraktikanten verschickt hatte. Dieser Skandal breitete sich innerhalb der vergangenen Woche aus und traf die Führung der Republikaner im Abgeordnetenhaus, die seitens der Demokraten der Verschleppung und Vertuschung des Skandals bezichtigt wurde.[3]

Die Republikaner forderten ihrerseits volle Aufklärung und Bestrafung Foleys, bezichtigten die Demokraten aber auch der wahltaktisch-motivierten Veröffentlichung der Emails.[4] Besonders peinlich ist neben der monatelangen Inaktivität der Republikanischen Führung aber vor allem, daß Foley einer der zwei Vorsitzenden des Ausschusses für vermisste und missbrauchte Kinder war.[5]

Die Republikaner sind jetzt mit der neuen alten Herausforderung, den ohnehin

bereits desillusionierten konservative Flügel der Partei trotz allem im November an die Wahlurnen zu bringen, konfrontiert.[6] Charlie Cook schätzte ursprünglich ein, daß die Republikaner aufgrund des Skandals vielleicht nur einen Sitz im Abgeordnetenhaus verlieren würden, mit den immer zahlreicher werdenden Berichten über die Inaktivität der Republikanischen Führung würde sich der Skandal allerdings zum "Nagel am Sarg" der Novemberchancen der Republikaner entwickeln.[7]

Das *Wall Street Journal* urteilte, daß sich nunmehr zwei wichtige Wählergruppen von den Republikanern abwenden könnten: die christlichen Konservativen wie auch die "soccer moms", die beide durch das Image der Republikaner als Partei der "family values" angesprochen wurden.[8]

Foleygate

Insofern überrascht es nicht, daß selbst eine konservative Zeitung wie die *Washington Times* den Rücktritt Hasterts, des Sprechers der Republikaner im Abgeordnetenhaus, forderte und anfängliche Kommentare seitens des Sprechers des Weissen Hauses, Tony Snow, in denen er die Emails als "frech" bezeichnete, zu starker Kritik führten.[9] Die *Washington Post* urteilte, daß die Republikaner jetzt nur darauf hoffen könnten, daß der ganze Skandal so abstoßend sei, daß einige Wähler ihn vor Ekel ignorieren würden.[10]

Währenddessen verschärfte Präsident Bush seine Wahlkampfretorik weiter und

warnte die Wähler davor, daß ein demokratischer Wahlsieg ein gegenüber Terroristen schwächeres Amerika bedeutete. Präsident Bush bezeichnete die Demokraten direkt als Partei des Irak-Rückzugs, welcher die Terroristen nur weiter ermutigen würde.[11]

Momentan bleibt abzuwarten, ob diese Wahlkampfstrategie sowie eine Vielzahl von speziell für republikanische Kandidaten in hart umkämpften Wahlbezirken maßgeschneiderten Gesetzesbeschlüssen zusammen mit einer besseren Arbeitslosenrate und weiter fallenden Benzinpreisen ausreichen, um die Ausmaße dieses Skandals eindämmen zu können.[12]

Dennis Hastert jedenfalls scheint den Skandal mit einer öffentlichen Entschuldigung politisch überleben zu können. Präsident Bush sprach sich indirekt für sein Verbleiben in der Spitzenposition des Abgeordnetenhauses aus und eine Mehrheit der Republikaner scheint ebenfalls erkannt zu haben, daß ein Rücktritt Hasterts zu diesem Zeitpunkt nur weiteres Chaos bringen würde.[13] Stattdessen beschuldigte man die Demokraten hinter der Bekanntmachung der Emails zu stecken, eine Behauptung, der Howard Dean auf das Schärfste widersprach.[14]

National Intelligence Estimate (NIE)

Die vorletzte Woche wurde hauptsächlich von der teilweisen Enthüllung der Studie des National Intelligence Estimate (NIE) über den Irak-Krieg dominiert. Diese geheime Studie über die Auswirkungen des Irak-Krieges auf den Terrorismus ist eine Gemeinschaftsarbeit der 16 Nachrichtendienste der USA. Bereits am vorvorigen Sonntag wurden die der Presse zugespielten Auszüge in den politischen Talkshows und Nachrichtensendungen breit diskutiert.[15] Danach ist die Bedrohung, die vom Terrorismus ausgeht, so groß wie nie seit den Anschlägen des 11. September 2001, da der Irak-Krieg neue islamistische Extremisten hervorbringt.

Der Direktor der National Intelligence Agency, John Negroponte, verteidigte die Regierung anfangs mit dem Hinweis, daß die veröffentlichten Passagen den Inhalt des gesamten Berichtes nicht korrekt wiedergeben würden.[16] Der Pressesprecher des Weissen Hauses wiederum widersprach

den Schlußfolgerungen des Berichtes aufs schärfste: die Bush Regierung sei der Ansicht, daß der tiefsitzende Hass islamistischer Extremisten gegen die USA und Israel nicht das Resultat der amerikanischen Besetzung des Iraks sei, sondern sich bereits Generationen vorher entwickelt habe.[17]

Derweil hofften die Demokraten, daß die Studie das Image der Republikaner als die fähigere Partei was die Terrorismusbekämpfung angeht in den verbleibenden sechs Wochen bis zur Wahl weiter untergraben würde.[18] Einige Reportagen prognostizierten auch sogleich, daß die Studie die Republikaner nun möglicherweise die Kontrolle in beiden Abgeordnetenhäusern kosten würde, da sie Präsident Bushs Behauptung widersprach, der Irak-Krieg hätte die USA sicherer gemacht.[19] Senator John McCain verteidigte den Präsidenten jedoch: wenn die Terroristen nicht den Irak-Krieg zur Forcierung ihres Kampfes benutzen könnten, dann wäre es Afghanistan und wenn nicht Afghanistan, dann gäbe es ein anderes Mittel.[20]

Im späteren Verlauf der Woche versuchten die Republikaner, wie z.B. der Kongressab-

geordnete Duncan Hunter, weiter, die veröffentlichten Auszüge als "nur ein Teil" des gesamten Berichtes darzustellen sowie zu behaupten, daß die Studie nur eine Meinung darstelle und nicht auf Beweisen beruhe.[21] Das Wall Street Journal wollte der unergiebigem Diskussion ein aufklärendes Ende bereiten und forderte die Veröffentlichung des geheimen Berichts.[22] Das Weisse Haus veröffentlichte daraufhin auch drei ausgewählte Seiten der insgesamt 40-seitigen Studie, was von den Medien generell als 'Initiative ergreifen' eingeschätzt wurde.[23]

Die teilweise Veröffentlichung des Berichtes wurde von Präsident Bush auch genutzt, die Veröffentlichung von Auszügen der geheimen Studie als "parteilich motivierten Sabotageakt" zu kritisieren.[24] Andererseits sagte er aber auch, daß er der Schlußfolgerung des Berichtes zustimme, daß aufgrund der Erfolge gegen die Führung von al-Qaeda, der Feind diffuser und unabhängiger werden würde." Die *Washington Post* wies jedoch darauf

National Intelligence Estimate (NIE)

hin, daß keiner der veröffentlichten Teile des NIE-Berichts diese Schlußfolgerung beinhaltet.[25]

Die *New York Times* hingegen verweist auf den "Rumsfeld-Test" von 2003: Vermindert die Strategie der U.S. Regierung die Zahl der Terroristen schneller, als neue Terroristen nachwachsen? Bisher hatte das Weisse Haus noch keine direkte Antwort auf diese Frage gegeben. Das NIE bestätigte nun, daß die Bush Regierung den Rumsfeld-Test nicht bestanden hat.[26] Wie konnte das Weisse Haus dann also behaupten, daß es im Krieg gegen den Terror am gewinnen war?[27] Trotzdem verwiesen die Republikaner auf die ihrer Meinung nach offensichtliche Notwendigkeit, im Irak zu

bleiben, den Krieg dort zu Ende zu bringen und damit den Terroristen ihren Hauptkriegsschauplatz und ihr Rekrutierungsfeld zu entziehen.[28]

Auch wenn es vorletzte Woche nicht wie geplant hauptsächlich um die Gesetzesvorschläge zur Nationalen Sicherheit ging, die die Unterschiede zwischen den Demokraten und Republikaner für den Wahlkampf noch einmal klar aufzeigen sollten, so konnten die Republikaner am Ende der Woche immerhin einen Teilerfolg feiern. Der Senat stimmte dem Gesetzesvorschlag bezüglich der erlaubten Verhörpraktiken und der Rechte mutmaßlicher Terroristen zu. Die Vorlage beinhaltete ernsthafte Einschränkungen der traditionellen Rechte

eines Inhaftierten, wie z. B. des Rechts die Inhaftierung anzufechten und alle Beweismaterialien einzusehen sowie andererseits die Bestätigung der Verwendbarkeit von Aussagen, die angeblich unter Anwendung aggressiver Verhörmethoden abgegeben wurden.[29]

Bei der Bewertung der Abstimmung ist jedoch zu beachten, daß alle wahrscheinlichen Demokratischen Präsidentschaftskandidaten dem Vorschlag nicht zustimmten und damit eine andere Strategie verfolgten, als ihre Vorgänger vor vier Jahren, die vor einer ähnlich definierenden Abstimmung standen – und dem Präsidenten damals ihre Zustimmung zum Irakkrieg gaben.[30]

Wahlkampfbeobachtungen

Werbung: Am Dienstag vor zwei Wochen begannen die Republikaner und Demokraten insgesamt 30 Wahlkampfwerbespots in heiss umkämpften Wahlbezirken zu zeigen. Von diesen waren nur drei Spots positiver Natur, daß heißt sie versuchten nicht, den Gegner persönlich zu attackieren oder dessen Glaubwürdigkeit in Frage zu stellen. Die Republikaner haben das letzte Jahr damit verbracht, über die einzelnen Demokratischen Herausforderer für diese potenziell schädliche persönliche und berufliche Informationen zu sammeln, während die Demokraten sich auf Abstimmungen zu spezifischen Gesetzesvorlagen, Nähe zu Lobbyisten und anderen Spendern, aber auch auf blamable berufliche und private Aspekte im Leben der Republikanischen Kandidaten konzentrierten.[31]

Ob die Republikaner im November gewinnen werden, wird vom lokalen Erfolg der Kandidaten abhängen und insbesondere davon, ob diese es schaffen werden, vom Irak-Krieg abzulenken und ihre Kampagnen auf die Schwächen des Gegenkandidaten zu konzentrieren bzw. diese zu definieren, bevor der Gegenkandidat eine Chance dazu

hat, es selbst zu tun, so der Kongressabgeordnete Tom Cole. Die *Los Angeles Times* warnte bereits, daß es in diesem Wahlkampf zu einem neuen Rekord an negativer Werbung kommen würde und zitierte Carlo Forti, den Sprecher des das National Republican Congressional Committee: "You haven't seen the majority of the negative ads yet." [32]

Thematisch gesehen empfahlen die einschlägigen Wahlstrategen den Republikanischen Kandidaten, sich auf "economic and national security" zu konzentrieren und dabei zu betonen, daß man die USA im Krieg gegen den Terror besser beschütze als die Demokraten sowie der bessere Verwalter der Wirtschaft sei, da keine Steuern angehoben würden. Den Demokraten empfahl man hingegen, sich auf das zu konzentrieren, was das NIE in seiner Studie jetzt wieder bestätigt hatte - daß der Irakkrieg nur vom eigentlichen Krieg gegen den Terror ablenken und wichtige Ressourcen binden würde.[33] Auf diese Art, würde man Präsident Bush zwar berechtigt kritisieren, es jedoch vermeiden, als "weak on terror" gebrandmarkt zu werden.[34]

Geographisch gesehen konzentrierten sich die Demokraten was das Abgeordnetenhaus angeht auf gemäßigte Republikanische Kandidaten in mehrheitlich Demokratischen Bundesstaaten, da ihre Demokratischen Abgeordneten in mehrheitlich Republikanischen Staaten relativ sicher vor Republikanischen Herausforderern sind. Die Republikaner hingegen konzentrieren sich momentan hauptsächlich nur darauf ihre amtierenden Kandidaten zu verteidigen.[35]

Get out the vote (GOTV): An Bedeutung weiter gewinnen wird die Genauigkeit bzw. das "microtargeting", mit dem die Republikaner ihnen zugeneigte Wähler ansprechen können. Auch wenn die Grenzen der einzelnen Wahlbezirke immer genauer gezogen werden, um den Nutzen für die eigene Partei zu maximieren, so gibt es immernoch Bezirke, in denen Sieg oder Niederlage nur von tausenden oder noch weniger Stimmen abhängt. Insofern wird es

Wahlkampfbeobachtungen

immer relevanter, daß man jetzt Wähler nicht nur nach ihrer Bevölkerungsgruppe kategorisiert kontaktieren kann, sondern nach dem einzelnen Haushalt in jedem Stadtteil, so Republican National Committee Vorsitzender Ken Mehlman.[36]

Dank umfangreicher Datenbanken ist es Kandidaten mit ausreichenden finanziellen Mitteln möglich, Werbematerialien zielgenau für potenzielle Wähler zusammenzustellen. Im Republikanischen Fall ist

das Augenmerk insbesondere auf "drop-off" Wähler gerichtet, die zu Präsidentschaftswahlen an die Urnen kommen, aber bei den Zwischenwahlen eher selten stimmen.[37]

Eine Folge der knappen Abstimmungsergebnisse ist es aber auch, daß beide Parteien alternative Methoden in Betracht ziehen, um die Mehrheit im Abgeordnetenhaus von 218 Sitzen zu (er)halten. Stimmenzählungen sowie der Parteiwechsel

einzelner Abgeordneter sollten zu erwarten sein, so Steve Elmendorf, vormalig Chief of Staff des ehemaligen House Minority Leaders Dick Gephardt.[38] Andererseits würden die Demokraten schon jetzt Anwälte bereitstellen, um sicher zu stellen, daß die Republikaner nicht auf bürokratischem Weg Demokratische Wähler an der Stimmabgabe hindern oder anderweitig die Wahlbeteiligung Demokratisch geneigter Wähler negativ beeinflussen könnten.[39]

PolitBarometer

Am Anfang vorletzter Woche waren die Aussichten der Republikaner noch durchaus gut. Nach Monaten erheblicher Umfragevorteile für die Demokraten, konnten sie in den letzten Wochen das Ruder herumreißen.[40] Vor allem dank fallender Benzinpreise und der Beharrlichkeit Präsident Bushs den Irak-Krieg als Teil des Terrorkriegs zu definieren, konnte der Demokratischen Vorsprung zunächst schrittweise verringert werden.[41] Der Vorsitzende des Republican National Committees, Ken Mehlman, gestand den Demokraten zwar gewisse Stimmengewinne zu, aber meinte, es würden nicht genug werden, um die Mehrheit zu erlangen.[42]

Der Meinungsforscher Cornell Belcher war dennoch der Auffassung, daß die Demokraten ihre beste Chance seit der Ära Reagan hätten, um Bevölkerungsschichten zu erschließen, die traditionell Republikanisch wählen, wie zum Beispiel

Kirchgänger, junge weisse Männer sowie Männer aus den Südstaaten. Frank Newport hingegen, der Chefredakteur des Gallup Poll, hielt einen politischen Tsunami für möglich, allerdings nur falls die Demokraten tatsächlich aus der politischen Lage Gewinn schlagen könnten.[43]

Der Meinungsforscher Stuart Rothenberg äusserte sich vorsichtig und warnte davor, eine dramatische politische Flutwelle zu prognostizieren. Diese sei zwar möglich, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht absehbar.[44] Zudem seien die starken Umfragewerte, die einige zweitklassige Demokratische Kandidaten momentan verbuchen konnten, eher das Resultat einer "verfrühten parteilichen Polarisierung," die normalerweise erst im Oktober zu beobachten wäre. Ob diese frühe Unterstützung ausreiche, um Wochen voller Charakter- und ruferstörender Wahlwerbung politisch zu überleben und danach

den Republikanischen Amtsinhaber seines Posten zu entheben, bezweifelte er.[45]

Einen optimistischen Ausblick für die Republikaner bietet der Iowa Electronics Market: ein online Futures-Marktplatz, der zu akademischen Forschungszwecken betrieben wird. Dieser beurteilte die Chancen der Republikaner, das Abgeordnetenhaus zu halten, mit 55 Prozent, wobei der Wert vor einigen Wochen noch bei 37 Prozent lag. Die Chance, daß die Republikaner beide Häuser halten werden, lag momentan bei 59 Prozent gegenüber nur 38 Prozent Anfang September.[46]

Am Ende der vergangenen Woche, die vom Foley-Skandal geprägt war, wurde allerdings eine Reihe von Umfrageergebnissen veröffentlicht, die den Republikanern vorerst den Verlust der Kontrolle des Abgeordnetenhauses voraussagten, wobei auch die Mehrheit im Senat schon vor dem Skandal immer mehr in die Reichweite

Values Voters

Laut Presseberichten gibt es ernste Anzeichen, daß christliche Wähler deutlich weniger enthusiastisch als

SEITE 4

früher in diesen Wahlkampf gehen. Aufgrund von solchen Themen wie Eheschließung Homosexueller halfen diese "values voters" Präsident Bush im Jahre 2004 in mehreren Schlüsselstaaten die Mehrheit zu erringen, da sie ein Viertel der Wähler

stellten und zu 78 Prozent für Bush stimmten. Laut einer Umfrage des Pew Research Institutes würden bei diesen Wahlen jedoch nur noch 57 Prozent der evangelischen Christen vorhaben, für ihren Republikanischen Kandidaten zu

Values Voters

stimmen.[48] James Dobson, Vorsitzender und Gründer der konservativen Gruppe Focus on the Family, hielt daher eine Ansprache beim "2006 Values Voter Summit" des Family Research Council Action, um gerade diese Desillusionierten unter den christlichen Konservativen zurückzugewinnen und die "Truppen" für die Zwischenwahlen zu sammeln.[49]

Republikanische Senatoren und mögliche Präsidentschaftsanwärter waren ebenfalls auf der Konferenz anwesend und versprachen ihre weitergehenden Bestrebun-

gen, Abtreibung zu verbieten und die Institution der Ehe nur als eine Partnerschaft zwischen einem Mann und einer Frau zu definieren.[50]

Laut der *Los Angeles Times* hatte Focus on the Family begonnen in acht umkämpften Schlüsselstaaten Wahlregistrationsformulare in Kirchen auszulegen. Auch würden die "evangelicals" ihr Themenspektrum erweitern und nun zum Beispiel auch über Terrorismus diskutieren.[51] Ziel der christlich-konservativen Gruppen ist es, die 30 Millionen wöchentlichen Kirchgänger, die

2004 nicht gewählt haben, diesmal von der Kirchenbank zur Wahlurne zu bewegen, so die *Los Angeles Times*. [52]

Dobson war ursprünglich der Ansicht, daß es besser wäre diese Wahl "auszusitzen," jedoch stimmte ihm die Aussicht einer Demokratischen Mehrheit im Kongress um. [53] Es bleibt allerdings offen, inwieweit diese Anstrengungen mit dem Bekanntwerden des Foley-Skandals noch von Erfolg gekrönt sein werden. Die Demokraten währenddessen vermehrten ihre Bemühungen gezielt, um diesen "God gap" Stimmenvorsprung zu verringern.[54]

Präsidentschaftsanwärter

In einer Umfrage der Zeitung *Des Moines Register* aus dem Bundesstaat Iowa über mögliche Präsidentschaftskandidaten führen zwei Republikaner – Ex-Gouverneur Rudy Giuliani und Senator John McCain – vor ihrem nächsten möglichen Demokratischen Opponenten, dem ehemaligen Senator und Vizepräsidentschaftskandidaten John Edwards. Senatorin Hillary Clinton hingegen wurde von der Mehrheit der Befragten in Iowa gegenüber ihren möglichen Republikanischen Gegenkandidaten nicht bevorzugt.[55]

Der politische Kommentator David Yepsen interpretierte die Umfrageergebnisse als schlechte Nachricht für die Demokraten, da deren Spitzenkandidaten sich nicht gegen die Spitzenkandidaten der Republikaner durchsetzen konnten. Senator Clintons "electability" bzw. ihre realen Chancen als Präsidentschaftskandidatin müssten ebenfalls weiter erörtert und vielleicht sogar generell neue Kandidaten ins Feld geschickt werden, so Yepsen.[56]

David Brooks hingegen wies darauf hin, daß immer mehr Demokratische Kandidaten ähnlich populistische Töne wie John Edwards anschlagen und damit bisher einigen Erfolg in Südstaaten wie Virginia und Tennessee haben, aber auch in den wirtschaftlich geschwächten Staaten wie Ohio, Pennsylvania und Missouri.[57]

Die oben angeführten guten Nachrichten für Rudy Giuliani wurden jedoch überschattet von einer Rede des Reverend Jerry Falwell beim "Values Voter Summit." Dieser sagte zwar unter anderem, daß er sich die Kandidatur Hillary Clintons wünsche, da niemand – nicht einmal der Teufel – konservative evangelische Christen so zu den Wahlurnen treiben würde, wie die Senatorin aus New York. Jedoch machte Falwell auch seinen Unwillen gegenüber Republikanischen Kandidaten wie Rudy Giuliani und George Pataki deutlich, die Abtreibung nicht verbieten würden.[58]

Derweil konnte der mögliche Präsidentschaftskandidat Mitt Romney in den letzten Wochen die sich für Senator George Allen verschlechternde Lage nutzen, um sich rechts von John McCain zu positionieren. Romney, Republikanischer Gouverneur von Massachusetts, widersprach McCain sowohl beim Thema gemäßigtere Gesetzesvorschläge zur Behandlung von verdächtigen Terroristen als auch im Bereich der Einwanderungspolitik.

Damit könnte Gouverneur Romney die Führungsposition im konservativen Flügel der Partei übernehmen, eine Position, die bisher Senator Allen aus Virginia innehatte. Dieser befindet sich aber mittlerweile in einem immer härteren Wahlkampf, wobei auch seine Aussichten als Präsidentschaftskandidat unter anderem aufgrund seines

"macaca" Kommentars eher im Abnehmen begriffen sind.[59] Desweiteren konnte Gouverneur Romney auch den Spitzenpolitiker des Landesabgeordnetenhauses von Iowa als politischen Berater für sich gewinnen, nachdem er bereits einen erfahrenen politischen Strategen aus New Hampshire für sich rekrutiert hatte.[60] Wichtiger jedoch ist Romneys Position als Vorsitzender der Republican Governors Association und damit sein Einfluss auf finanzielle Hilfeleistungen an erfolgversprechende Kandidaten in den drei für die Präsidentschaftskandidatur relevanten Staaten Florida, Michigan und Iowa.[61]

Um die Fußnoten einzusehen, würden wir sie bitten, unseren unten aufgeführten Blog zu besuchen.

KONRAD-ADENAUER-
STIFTUNG WASHINGTON,
D.C.

2005 Massachusetts Avenue NW
Washington, D.C. 20036
Phone: 1-202-464-5840
Fax: 1-202-464-5848
<http://blog.kasusa.org>